

Algerische Hoffnungen

Werner Ruf

Seit zwei Monaten gehen in der Demokratischen Volksrepublik Algerien die Menschen auf die Straße. Auslöser der Massendemonstrationen war die beabsichtigte Wahl des durch mehrere Schlaganfälle im Jahre 2013 schwerstbehinderten Abdelaziz Bouteflika, der am 18. April für eine fünfte Amtszeit wiedergewählt werden sollte. Aufgrund der Massenproteste verzichtete er schließlich. Am 2. April trat er gar vorzeitig von seinem Amt zurück, das am 28. April formal geendet hätte.

Algerien ist der Prototyp eines Rentenstaats: Nahezu die gesamten Staatseinkünfte stammen aus dem Export von Erdöl und Erdgas. Rund 90 Prozent der Grundnahrungsmittel und fast die Gesamtheit der Pharmazeutika und Gebrauchsgüter müssen importiert werden. Eine an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierte oder auf Autarkie zielende Industrialisierung hat nicht stattgefunden. Die Staatseinnahmen – und damit die Fähigkeit zur Subventionierung von Grundbedürfnissen (Grundnahrungsmittel, Wohnungsbau, Infrastruktur) – sind in den letzten Jahren aufgrund des sinkenden Ölpreises drastisch zurückgegangen. Dieses System war der Nährboden für die Entstehung eines nahezu totalen Netzwerks von Korruption: Die Importe laufen über wenige vom Staat lizenzierte Agenten, die die Preise nach Gutdünken festsetzen. Meist werden die Importe durch kurzfristige Kredite (Laufzeit meist drei bis sechs Monate) zwischenfinanziert. Für die Vermittlung dieser hochverzinslichen Kredite kassieren private und halbstaatliche Akteure horrende Gebühren. Die Vergabe von Großprojekten in der Erdöl- und Erdgasförderung (Bau von Pipelines und Raffinerien) an ausländische Konzerne ist begleitet von der Zahlung gewaltiger Schmiergelder, ebenso der Bau von Großprojekten wie Autobahnen und der projektierten U-Bahn in Algier. Korruption ist auch beim Kauf von Rüstungsgütern im Spiel, da die Lieferanten den Bestellern in der Regel den Systempreis als „Kommissionen“ zukommen lassen. Auch Deutschland lieferte 2018 Waffen im Umfang von mehr als 800 Millionen Euro.

Dieses System produziert gewaltige soziale Probleme. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 17 Prozent, bei der Jugend sogar bei 50 Prozent. Um die großen Städte haben sich Slums mit Millionen Bewohnern gebildet. Die mit

schweren Strafen belegte Flucht über das Mittelmeer hat schon vor drei Jahrzehnten begonnen und wächst weiter.

Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1962 kamen sämtliche Präsidenten aus der Armee oder wurden mit deren Zustimmung gewählt. Die Nationale Volksarmee erschien lange als monolithisches Rückgrat des Staates. Doch schon Ende Januar 2019, lange vor den Massendemonstrationen, waren 13 führende Offiziere verhaftet worden. Das Organ der Armee, *el djeisch*, veröffentlichte Ende Februar einen sehr ambivalenten Leitartikel über die Verantwortung der Armee gegenüber dem Volkswillen. Als die Massendemonstrationen begannen, schoss die Armee nicht, wie sie es noch 1988 getan hatte. Die Demonstranten riefen in Sprechchören „*el djeisch, esb-shaab – khawa, khawa!*“ – „die Armee und das Volk sind Brüder!“ Den Demonstranten ist bewusst, dass es nicht um die Person Bouteflika geht, sondern um jenes System, das den schon seit sechs Jahren amtsunfähigen Mann als Galionsfigur nutzt. So ernannte der Präsident unmittelbar vor seine Abdankung ein neues Kabinett – aus den alten Kadern. Am 4. April erklärte der Oberkommandierende der Armee und stellvertretender Verteidigungsminister Ahmed Gaid Salah, der lange die Kandidatur Bouteflikas gestützt hatte, dass „die Armee voll hinter den Forderungen des Volkes“ stehe und „das Volk vor einer Handvoll Personen schützen werde, die sich unrechtmäßig den Reichtum des algerischen Volkes angeeignet“ habe. Mittlerweise hat die algerische Justiz Verfahren wegen Korruption und Devisenvergehen gegen prominente Geschäftsleute und (zivile) Größen des Systems eingeleitet, der algerische Luftraum wurde für Privatflüge innerhalb des Landes und ins Ausland geschlossen, 150 Personen wurden mit einem Ausreiseverbot belegt, die beiden Brüder Bouteflikas stehen unter Hausarrest. Das Volk aber demonstriert weiter gegen „das System“, dessen Teil die Armee zumindest war. Wird sie jetzt den Volkswillen retten und Demokratie einführen?🌐

Der Text wurde am 7. April 2019 abgeschlossen.

Prof. Dr. Werner Ruf

geb. 1937, Professor für internationale Politik an der Universität Kassel i.R., langjährige Forschungen und umfangreiche Publikationen zu Nordafrika
werner_ruf@gmx.net

